

Militärexperte wirft VBS Missbrauch der Milizarmee vor

In der «Armee XXI/11» sollen 70 000 Soldaten Objekte bewachen – eine klare Polizeiaufgabe

VON ANDREAS WINDLINGER

BERN Nur noch zwei von drei jungen Schweizer Männern leisten heute Militärdienst. Wenn die Zahl der Dienstwilligen und -tauglichen weiterhin so zurückgehe wie bisher, dann müsse «in absehbarer Zeit eine Grundsatzdiskussion über das Wehrpflichtmodell geführt werden», schrieb Verteidigungsminister Samuel Schmid in einem vertraulichen Bericht, der letzte Woche an die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats ging.

Schmid nimmt Bezug auf die künftige Entwicklung der heutigen Armee XXI. Gemäss neuem Plan des VBS sollen ab 2011 nur noch 50 000 Soldaten für klassische Armeeaufgaben ausgebildet werden. Weitere 70 000 Aktive sind in der «Armee XXI/11» vorgesehen für Botschafts- und Konferenzbewachungen. Ob dies überhaupt Armeeaufgaben sind, ist höchst umstritten und verleiht der Wehrpflicht-Diskussion zusätzlichen Schub. Schmid betont zwar in seinem neuesten Bericht ans Parlament, die unterstützenden Einsätze der Armee bei der Botschaftsbewachung würden «für alle sichtbar zur Schliessung aktueller Sicherheitslücken im Inland» beitragen und «für die Verankerung der Armee im Volk» sorgen.

Polizeivertreter sehen solche Bewachungsaufgaben indes ganz klar als Polizeiaufgabe. Selbst aus dem militärischen Lager gibt es Unterstützung für diese Sichtweise. Der heutige Einsatz der Armee für Botschaftsbewachungen sei «schlicht intolerabel» und grenze «an den Missbrauch der Milizarmee», schreibt Daniel Heller, Geschäftsführer des Vereins Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft, in einer neuen Studie. «Die Aufgabenteilung muss auch in Zukunft klar sein», fordert der Oberstleutnant im Generalstab: «Die Polizei ist nach wie vor für die zivile Bedrohung inklusive Terrorbekämpfung zuständig, die Armee für militärische Bedrohungen.»

Von Oberstleutnant über SP bis zu Soldaten ertönt laute Kritik

Die Hilfspolizei-Einsätze der Armee haben sich seit dem Jahr 2000 versechsfacht. Im laufenden Jahr stehen laut Schmid rund 40 Prozent der einsatzfähigen Infanteriebataillone vor Botschaften und Konsulaten im Einsatz. Es geht nicht an, dass sich die Armee «für ihre Überkapazitäten neue Aufgaben im Inland zuschanzt», kritisierte die Sozialdemokratische Partei kürzlich in einem neuen Grundsatzpapier. Vor diesem Hintergrund könnte die geplante 2-Klassen-Armee für das Jahr 2011 zu einem Über-

gangskonstrukt werden, fürchtet Oberstleutnant Georg Ober-Kassebaum, der schon an vorderster Front gegen die Armee XXI gekämpft hat. Er beschuldigt das VBS, es arbeite mit seinen Ideen gezielt auf die Abschaffung der Wehrpflicht hin. «Ziel dieser Planung ist eine Armee, die aus Finanz- und Rüstungsgründen die

Bestände weiter reduzieren muss, um schliesslich auf die allgemeine Wehrpflicht verzichten zu können.»

Kritik kommt auch von der Truppe selbst: Dass das VBS bereits über Korrekturen der Armee XXI nachdenkt, obwohl es grösste Probleme hat, die Reform zu verwirklichen, stösst vielen Soldaten sauer auf. Ein Chaos bei der Bildung der neuen Verbände, ein Durcheinander bei Personalfragen und Probleme bei der Koordination von RS und Studium prägten in den ersten Monaten das Bild der neuen Armee.

«Nach Ansicht vieler Offiziere, die nun in der Armee XXI Dienst leisten, wird es Jahre dauern, bis die Schweizer Armee überhaupt wieder einsatzfähig ist», lästert Martin Huber, Verwaltungsratspräsident der Georg Fischer AG und ehemaliger Oberst, in der neusten Ausgabe der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift». Der Wirtschaftskapitän fordert, die Armee brauche nun eine «Phase der Konsolidierung», und wendet sich strikt gegen die Pläne des VBS, eine 2-Klassen-Armee zu schaffen: «Eine neue Planung löst keine Probleme und widerspricht dem klaren Auftrag des Schweizer Volkes und der Bundesverfassung. Die Schweiz braucht für die Zukunft eine glaubwürdige, in der Bevölkerung verankerte Milizarmee.»

Armeen im Vergleich

Schweiz auch nach Reform an der Spitze

LAND	SOLDATEN UND RESERVISTEN PRO 1000 EINWOHNER	ANZAHL SOLDATEN UND RESERVISTEN
Norwegen	54,6	245 600
Schweiz (Armee 95)	52,6	378 800
Schweiz (aktuell)	43,1	310 000
Schweiz (Armee XXI)	31,0	220 000
Portugal	25,0	254 500
Russland	23,5	3 388 100
Luxemburg	22,5	9 000
Dänemark	16,5	87 600
Belgien	13,7	139 700
Österreich	13,2	106 600
USA	10,0	2 673 300
Deutschland	8,3	686 300
Grossbritannien	7,8	467 100
Irland	6,7	25 300
Frankreich	6,1	360 400
Niederlande	5,1	81 800
Italien	4,9	282 000

Quelle: International Institute for Strategic Studies (Stand der Daten 2002)

Neue Finanzierungsmodelle

Seit der Bund das Sparpaket 2003 geschnürt und ein weiteres Sparpaket 2004 aufgelegt hat, ist klar: Für neue grosse Rüstungsvorhaben, insbesondere für die geplante Beschaffung von 30 bis 50 neuen Kampfflugzeugen um das Jahr 2010, muss das Verteidigungsdepartement (VBS) von Bundesrat Samuel Schmid neue Finanzierungsmodelle prüfen, zum Beispiel die Beilehnung von Waffensystemen oder Immobilien an den Kapitalmärkten.

VBS und Finanzdepartement haben eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis nach den Sommerferien erste Resultate liefern soll. Zusätzlich steht das VBS in Kontakt mit der Firma von Ex-Nato-General Klaus Naumann, der European Advisory Group (EAG) mit Sitz in Berlin. «Mit der Firma EAG fand zusammen mit dem Rüstungschef ein informelles Gespräch statt. Die Firma hat dabei Finanzierungsmodelle präsentiert und die Beraterleistung angeboten», bestätigt Jakob Baumann, Chef Planungsstab der Armee. Einen Vertrag mit der EAG gebe es aber noch nicht. Pikant ist, dass im Beirat der EAG ausgerechnet Schmid's Vorgänger Adolf Ogi sitzt. Dieser will von der Beratertätigkeit der EAG für das VBS nichts gewusst haben. Er sei «wöllig inaktiv» in der EAG und habe seit seinem Eintritt in den Beirat erst zwei Kontakte zur Firmenleitung gehabt, sagt Ogi.